

Absender:

Sheikh Hamad bin 'Issa Al Khalifa King of Bahrain
Office of His Majesty the King
P. O. Box 555 Rifa'a Palace
al-Manama
BAHRAIN
Fax: 00 973 – 17 66 45 87



Ali Mohamed Hakeem al-Arab und
Ahmed Issa Ahmed al-Malali © privat

Buchholz, im August 2019

Majestät,

am 6. Mai 2019 bestätigte das Kassationsgericht die Todesurteile gegen Ali Mohamed Hakeem al-Arab und Ahmed Issa Ahmed al-Malali. Das Vierte Hohe Strafgericht von Bahrain hatte die beiden Männer in einem Massenverfahren gegen 60 Personen im Januar 2018 u. a. der „Gründung und Mitwirkung an einer terroristischen Gruppierung“ für schuldig befunden. Sicherheitskräfte folterten und misshandelten die beiden Männer, um sie zu zwingen, ungelesene „Geständnisse“ zu unterschreiben.

Ich fordere Sie höflich auf, die Todesurteile gegen Ali Mohamed Hakeem al-Arab und Ahmed Issa Ahmed al-Malali nicht zu ratifizieren und dafür zu sorgen, dass die Männer nicht hingerichtet werden. Ich bitte Sie, eine internationalen Standards entsprechende Neuverhandlung anzuordnen, bei der durch Folter erlangte Beweismittel nicht zugelassen werden und in der nicht auf die Todesstrafe zurückgegriffen wird. Zudem fordere ich eine unabhängige und unparteiische Untersuchung der Foltervorwürfe und bitte Sie außerdem, alle Todesurteile in Haftstrafen umzuwandeln und umgehend ein Hinrichtungsmoratorium zu verhängen mit dem Ziel, die Todesstrafe ganz abzuschaffen.

Mit freundlichen Grüßen

Kopie an: Botschaft des Königreichs Bahrain
Klingelhöfer Str. 7
Fax: 030 – 8687 7788

S. E. Herrn Abdulla Abdullatif Abdulla Abdullatif
10785 Berlin
E-Mail: info@bahrain-embassy.de

Absender:

Zhou Conggui
Xingzheng Dadao 16
Luoshan Xian, Xinyang Shi
Henan Sheng
VOLKSREPUBLIK CHINA
E-Mail: luoshangov@163.com



Jiang Tianyong, 2016 © privat

Buchholz, im August 2019

Sehr geehrter Herr Direktor,

dem bekannten Menschenrechtsanwalt **Jiang Tianyong** wurde 2009 aufgrund seines Aktivismus die Anwaltslizenz entzogen. Er setzte seine Arbeit als Menschenrechtsverteidiger jedoch trotz anhaltender Schikane, Inhaftierung und körperlicher Übergriffe fort.

Das Mittlere Volksgericht der Stadt Changsha sprach Jiang Tianyong am 21. November 2017 der „Anstiftung zum Umsturz der Staatsmacht“ schuldig. Er wurde zu zwei Jahren Gefängnis und einem dreijährigen Entzug seiner politischen Rechte verurteilt. Im Gefängnis verschlechterte sich sein Gesundheitszustand rapide. Eigenen Angaben zufolge wurde er gezwungen, zweimal am Tag ein unbekanntes Medikament einzunehmen. Sein Vater sah, wie er an einen Eisenstuhl gefesselt war. Seit dem 28. Februar 2019 ist Jiang Tianyong wieder frei, wird jedoch streng überwacht. Er muss dringend ärztlich untersucht werden. Bisher war es ihm jedoch nicht möglich, einen Arzttermin zu vereinbaren, da er befürchtet, seine medizinische Versorgung könnte durch die Anwesenheit seiner Überwacher_innen beeinflusst werden. Da er das Land nicht verlassen darf, kann er auch keine Gesundheitsversorgung im Ausland in Anspruch nehmen.

Deswegen fordere ich Sie höflich auf, die Überwachung und Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Jiang Tianyong und seiner Familie einzustellen. Sorgen Sie bitte außerdem dafür, dass Jiang Tianyong uneingeschränkten Zugang zu medizinischer Versorgung hat.

Mit freundlichen Grüßen

Kopie an: Botschaft der Volksrepublik China
Märkisches Ufer 54
Fax: 030 – 27 58 82 21

S. E. Herrn Ken Wu
10179 Berlin
E-Mail: de@mofcom.gov.cn

Absender:

Prosecutor General of the Russian Federation
Yurii Yakovlevich Chaika
Prosecutor General's Office
ul. B. Dmitrovka, d.15a
125993 Moscow GSP-3
RUSSISCHE FÖDERATION
Fax: 007 – 495 987 5841 / 007 – 495 692 1725



Emir-Usein Kuku, 2015 © privat

Buchholz, im August 2019

Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt,

der bekannte Krimtatar Emir-Usein Kuku ist Menschenrechtsverteidiger und lebt auf der Krim. Nachdem die ukrainische Halbinsel 2014 von Russland besetzt worden war, schloss er sich der Menschenrechtsorganisation Crimean Human Rights Contact Group an und dokumentierte die Menschenrechtsverletzungen, die im Zuge der russischen Besatzung auf der Krim begangen wurden. Im Februar 2016 wurde er wegen des unbegründeten Vorwurfs festgenommen, ein Mitglied der islamistischen Bewegung Hizb ut-Tahrir zu sein, die in Russland als „extremistisch“ verboten ist. Emir-Usein Kuku hat jeglichen Kontakt mit dieser Bewegung bestritten. Der Krimtatar ist ein gewaltloser politischer Gefangener, der nur wegen seiner Menschenrechtsarbeit und der friedlichen Äußerung seiner Meinung verfolgt wird.

Das Gerichtsverfahren gegen Emir-Usein Kuku und seine Mitangeklagten wird seit dem 4. April 2019 fortgesetzt. Das Urteil wird im August/September erwartet. Amnesty International betrachtet auch seine Mitangeklagten als gewaltlose politische Gefangene.

Deswegen fordere ich Sie auf, alle Anklagen gegen Emir-Usein Kuku und seine Mitangeklagten fallenzulassen und ihn und die anderen Angeklagten sofort und bedingungslos freizulassen.

Mit freundlichen Grüßen

Kopie an: Botschaft der Russischen Föderation
Unter den Linden 63-65
Fax: 030 – 22 99 397

S. E. Herrn Sergei Nechaev
10117 Berlin
E-Mail: info@russische-botschaft.de

